

## Die Kohlenfrage im Abgeordnetenhaus.

107. Sitzung. Donnerstag, 13. Dezember. (Fortsetzung.)

Die Untträge zur Kohlenversorgung werden weiter beraten.

Abg. Bogeffang (Str.) fortfahrend: Aus politischen Gründen werden die Bergarbeiter während des Krieges nicht streiken. In den bisherigen mehrtägigen Arbeitsniederlegungen, die infolge der über großen Ernährungsschwierigkeiten entstanden waren, waren noch nicht zehn Hundertteile der Bergarbeiter beteiligt. Frivole Streiks haben im Bergbauggebiet nicht stattgefunden. Die Bergarbeiter erhalten keineswegs wucherisch hohe Kriegslöhne. Durch Schuld der Eisenzentrale des Kriegesamtes und des Unternehmerverbandes des Siegerlandes wäre es bald zu einem Auslande von über 20 000 Erzbergarbeitern gekommen, weil die Unternehmer nur dann eine Lohnerhöhung zugestehen wollten, wenn eine Erhöhung der Eisenpreise vom Kriegesamte bewilligt würde. Nur dem Eingreifen der Gewerkschaften gelang es, hier eine Einigung zu erzielen. Ob damit die Auslandsgefahr beseitigt ist, ist nicht sicher; die Bergarbeiter trifft aber dann keine Schuld. Wir bedauern den Wechsel im Kriegesernährungsamte auf das höchste, weil sich der erste Präsident des Amtes das Vertrauen der breiten Massen erworben hatte. Die Wohnungsnot ist im Bergrevier vielfach zu einer Wohnungsplage ausgewachsen. Die Regierung hat Bergarbeitern ihre Wohnungen in den fiskalischen Kolonien gelündigt, weil sie auf anderen Zechen arbeiteten, wo sie das Doppelte verdienen können.

Abg. Dr. Frenkel (Wpt.): Die Ausschüßverhandlungen haben ein sehr trübes Bild der Lage unserer Kohlenversorgung ergeben. Ich weiß mich von jeglichem Pessimismus frei, aber volle Offenheit der Aussprache ist notwendig; nur so kann man auch beweisen, daß trotz der augenblicklichen schlechten Zustände für die Zukunft Hoffnung vorhanden ist. Das Mißverhältnis zwischen Bedarf und Versorgungsmöglichkeit wird noch wesentlich verschärft durch den Mangel an Transportmitteln. Von einer wirklichen Versorgung mit Kohlen sind wir außerordentlich weit entfernt; davon könnte doch nur gesprochen werden, wo man mit Vorräten wirtschaften kann. Die Kohlenförderung könnte uns noch das verhältnismäßig günstigste Bild bieten, aber die Qualität der Arbeiter ist schlechter geworden. Den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter muß Rechnung getragen werden, sonst kann eine Mißstimmung zu Arbeitseinstellungen führen. Die Bergverwaltung muß sich stets bei der Prüfung der Bergarbeiterwünsche ihrer großen Verantwortung bewußt sein. Nicht zu billigen ist, daß im Saargebiet eine verärgerte und unruhige Bevölkerung auf eine wichtige Antwort drei Wochen warten mußte, weil die Behörde die Sache nicht als ernst und dringend betrachtete. In der jetzigen Zeit sollte jede derartige Angelegenheit als dringend und ernstlich angesehen werden. (Sehr richtig! links.) Stets muß die Bergverwaltung mit den Organisationen der Arbeiter Fühlung halten. Diese Organisationen und ihre Leiter haben aufklärend und beruhigend gewirkt und man sollte daher durch Anerkennung der Organisationen das Vertrauen der Mitglieder zu ihnen zu stärken suchen. (Zustimmung links.) Deshalb bedauern wir, daß der Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännische Verein eine Arbeiterorganisation zu verhandeln, und daß auch der Fiskus dagegen nichts unternahm, angeblich weil es bei der Geringsfügigkeit des staatlichen Bergwerksbesitzes in Oberschlesien doch nichts an dem Ergebnis geändert hätte. Hier hätte sich der Staat im Gefühl seiner Verantwortlichkeit als Hüter der Gesamtinteressen zeigen müssen. Die bald darauf unter der Leitung militärischer Stellen angeknüpften Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen haben schnell zu einem befriedigenden Abschluß geführt. (Hört! links.)

Im übrigen muß das bisherige Schaulsystem, daß Kohle fehlte, wenn Transportmittel da waren, aber Transportmittel fehlten, wenn Kohle da war, aufhören. Gerade bei der jetzigen Verkehrsnot zeigt sich, welche großen Segen uns der Mittellandkanal hätte bringen können. Die Mittel, mit denen man heute den Verkehr einschränken will, können wir nicht billigen, der Eisenbahnminister ist ein Minister gegen den Verkehr geworden, der Verkehr wird mit Strafe belegt. Die Kohlennot hätte viel frühzeitiger erkannt werden müssen. Die Paar Tausend Leute für die Förderung hätte die Seeresverwaltung freige-

geben. Zum Verzogen liegt aber auch jetzt noch kein Grund vor, wir können beruhigt in die Zukunft schauen. (Beifall links.)

Handelsminister Dr. Sydow: In den ersten Kriegsmonaten erfuhr unsere Friedensförderung unter dem Eindruck der unerwarteten über uns hereingebrochenen Kriegsergebnisse einen starken Rückschlag, da die Belegschaft zum großen Teil zur Fahne einberufen wurde. Seit Frühjahr 1915 hob sich die Förderung allmählich wieder, hauptsächlich durch Vermehrung des Belegschaftsstandes durch Einstellung von Frauen und jugendlichen Arbeitern, die bisher nicht im Bergbau tätig waren, und von ausländischen Arbeitern. In diesem Jahre hat auch die Freigabe von Mannschaften aus der Front dazu beigetragen. Die Steinkohlenförderung hat die Friedensförderung ziemlich erreicht, die Braunkohlenförderung sie bereits überschritten. Ziehen wir die Ersparnis an Ausfuhr, die früher sehr stark war, in Betracht, so steht uns für den Inlandsverbrauch ungefähr die gleiche Menge Kohlen zur Verfügung wie im Frieden. Aber unser Bedarf ist wesentlich höher als im Frieden, hauptsächlich infolge der Ansprüche der unmittelbar für den Krieg arbeitenden Industrie.

## 3½ Millionen Tonnen auf den Hals.

Unsere Tagesproduktion an Kohle hat sich so ziemlich auf den gleichen Höhe wie im August gehalten. Die Hauptschwierigkeit liegt jetzt in der Ausfuhr der Kohle von den Zechen. Augenblicklich sind etwa 3½ Millionen Tonnen, vorwiegend Steinkohlen, auf die Halsen geschüttet. Im vorigen Jahre fehlten die Kohlen, die Wagen waren aber vorhanden. Im Frühjahr wuchs der Bedarf der neuen Seeresfabriken so rapide an, daß der Kohlenkommissar nicht einmal so viel Kohlen zur Verfügung hatte, um täglich den Vorzugsbedarf der Kriegsindustrie in engerem Sinne zu befriedigen. Im Ausschüß habe ich gesagt, daß eine Steigerung der Produktion, so erwünscht sie an sich gewiß wäre, in Zukunft kaum zu erwarten sei. Damals wußte ich allerdings noch nicht, daß die Schlichtung am 3. März uns so viel Gefangene bringen würde. Das Schütteln der Kohlen auf die Halsen hat auch keine Grenzen. Ich hoffe aber, daß jetzt, wo das Getreide, die Kartoffeln und Rüben vorweg befördert sind, auch für die Kohlen die nötigen Wagen zur Verfügung stehen werden. Der warmen Anerkennung für die Leistungen der Bergarbeiter kann ich mich gern anschließen. Wir haben alles getan, um die Bergarbeiter in die Kategorie der Säumerarbeiter zu bringen und so alles für sie herauszufechten, was möglich war. Aber wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Ein Widerspruch zwischen der Tätigkeit des früheren und des jetzigen Präsidenten des Kriegesernährungsamtes besteht nicht. Beide tun ihr Bestes für die Bergarbeiter. Die Lohnerhöhungen sind sehr erheblich gewesen. Für Lebensmittel hobert wir jährlich eine Million Mark glatt zugefesselt. Gegenüber Nachrichten in der Presse kann ich mitteilen, daß jetzt zum 1. Januar eine Kohlenpreissteigerung nicht in Frage kommt. (Zuruf des Abg. Hue: Zum 1. Februar!) Nein, auch das nicht, denn solche Sachen werden immer beim Quartalswechsel gemacht.

Reichskommissar für Kohlenversorgung Geheimrat Bergat Stutz: Es ist nicht richtig, daß die Männer der Praxis ausgeschaltet worden sind. Das Gegenteil ist richtig. Wasser- und Windmühlen mußten nach einer Mitteilung der Reichsgetreidestelle zum Teil ausgeschaltet werden, weil ihnen die Einrichtungen zum regelmäßigen Belegen des Getreides fehlen. Vorratagnahmen erfolgen nur noch mit meinem Einverständnis. Seit dem 1. Juli sind von anderen Behörden nur vier Waggons beschlagnahmt worden. Ueber den Schleichhandel erhalten wir sehr viele Mitteilungen, denen aber meist die Unterlagen fehlen. Ein Beamter des Kohleninspektors, der Kohlen gegen Lebensmittel abgeben hat, sitzt in Untersuchungshaft, ebenso ein Kohlengepöckler. Ich bin dankbar für Mitteilung solcher Vorkommnisse.

Die Verhandlungen mit dem Auslande über die Abgabe von Kohlen sind sehr schwierig. Es geht aber kein Lot über die Grenze, für das wir nicht entsprechende Gegenleistungen erhalten. Ich habe mich bemüht, die Papierfabrikation in möglichst großem Umfange aufrecht zu erhalten. Wirklich große Störungen sind auch nicht vorgekommen, obwohl es zeitweise sehr knapp gewesen ist. Wir sind augenblicklich auf dem kritischen Punkte angelangt, wir haben die Höhe der Schwierigkeiten erreicht. Die Verhältnisse werden sich aber in den ersten Tagen des Januar bessern und im Laufe des Januar wesentlich bessern. Wenn wir jetzt mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit sparen, so haben wir in drei bis vier Wochen die Krisis überwunden.

Abg. Hue (Soz.): Die Ausschüßverhandlungen hätten öffentlich stattfinden müssen, was beruhigend auf die Bevölkerung eingewirkt hätte. In der Kohlenversorgung sind wir in der dünnsten Lage von allen kriegsführenden Ländern. Trotzdem ist in weiten Kreisen der Bevölkerung eine schwere Kohlennot. In Berlin und Vororten sind die meisten Kleinbürgerlichen und Arbeiterhaushaltungen ohne Kohlen. Die Berliner Gaswerke haben nur für fünf Tage Vorrat, das Charlottenburger Elektrizitätswerk hat nur für 16 Tage. Die jetzige Organisation stellt eine Befestigung der monopolistischen Stellung des Kohlenyndikats dar. Vertreter der Verbraucher und der Arbeiter sind nicht hinzugezogen worden. Um ein besonderes Kartellgesetz kommen wir nicht herum. Alle Bergarbeiter, auch die unabhängigen Sozialdemokraten, haben ihre Kritik dem Vaterlande gegenüber geübt. (Abg. Sirich-Essen (unb.): Im Ausschüß König es anders!) — Wie lang es denn da? (Abg. Sirich-Essen: Da saßen Sie die Unabhängigen wären schuld an allem!) — Das ist eine ungeheuerliche Unterstellung. Ich habe da genau dasselbe wie hier gesagt. Ich rufe den Minister zum Zeugen an.

Das Haus vertagt sich.

Freitag, 11 Uhr: Steuerungsulagen, Weiterberatung der Kohlenfrage.